(A) (Minister Schleußer)

so darauf reagiert, daß wir eine sogenannte negative Phasenverschiebung eingeleitet haben, wodurch die Auswirkungen dieses Schmalwerdens erst später eintreten. Aber das reicht auf Dauer nicht aus; da müssen Veränderungen in der Struktur erfolgen.

Sie haben ein Beispiel dafür genannt, wie es mit Ressortzuständigkeitsänderungen ist. Dazu habe ich immer eine etwas karikierende Position: Wenn eine neue Aufgabe in ein Haus kommt, Herr Kollege Wickel, habe ich meist den Eindruck, dazu sei eine neue Abteilung notwendig. Wird diese Aufgabe an ein anderes Ressort abgegeben, dann hat sie bisher eine Halbtagskraft erledigt. Aber das muß nicht immer so sein. Darum machen wir ja auch Organisationsuntersuchungen.

Ich bin den Kolleginnen und Kollegen des Haushalts- und Finanzausschusses, die im Unterausschuß Personal arbeiten, ausdrücklich dankbar. Sie helfen dem Finanzminister ohne Zweifel. Das gilt für alle Parteien, Herr Kollege Bensmann, und wir sollten auf diesem Wege gemeinsam weitergehen, auch wenn wir über den Weg nicht immer einig sind. Dann bleibt es eben bei dem gemeinsamen Ziel.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Bensmann [CDU])

(B)

Vizepräsident Schmidt: Schönen Dank, Herr Finanzminister Schleußer.

Weitere Wortmeldungen zu den Stellenplänen liegen mir nicht vor. Die Abstimmung über die Stellenpläne ist in die Abstimmung über die Einzelpläne und über das Haushaltsgesetz eingebunden. Die Änderungsanträge Drucksachen 11/6458 und 11/6459 werden also erst beim Haushaltsgesetz abgestimmt. - Damit ist die Nr. 4 für heute erledigt.

Ich rufe auf Nummer 5:

Einzelplan 01: Landtag

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 11/6401 und auf den Änderungsantrag. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU - das ist die

(C)

Drucksache 11/6445 - angeschlossen und ihren Änderungsantrag zum gleichen Thema, den wir mit Drucksache 11/6446 vorliegen haben, zurückgezogen.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die CDU-Fraktion dem Abgeordneten Hardt das Wort. Bitte schön.

Abgeordneter Hardt (CDU): Herr Präsident! Es ist ungewöhnlich, meine Damen und Herren, daß wir zum Einzelplan 01 reden, aber ein ungewöhnlicher Vorgang in Kapitel 01 010 muß hier angesprochen werden, denn es handelt sich um die Entschädigung und Übergangsgelder nach den §§ 5 und 11 des Abgeordnetengesetzes sowie um die Aufwandsentschädigung, die wir bekommen. Also, meine Damen und Herren, wir reden in eigener Sache.

So, wie die SPD und F.D.P. das Thema Diätenerhöhung bis zur zweiten Lesung behandelt haben, kommt beim Bürger nach meiner Auffassung Verdrossenheit auf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der Öffentlichkeit sagt vor allem die SPD-Fraktion: Keine Erhöhung der Diäten für 1994 vornehmen - so die Pressemeldung vom 26.10.1993. Und im Haushalt 1994 wird der erhöhte Ansatz von 891 000 DM bei den Diäten in Titel 411 10 und 11 nicht gekürzt, meine Damen und Herren.

(D)

Bei mir entstehen Zweifel über die wahren Absichten von SPD und F.D.P. bei der Diätenfrage für das Jahr 1994.

(Beifall der Abgeordneten Hieronymi [CDU])

Im Haupt- und im Haushaltsausschuß haben wir jeweils eine Kürzung auf den Betrag wie für das Jahr 1993 beantragt, also keine Diätenerhöhung in 1994.

(Beifall bei der CDU)

Zweimal hat die SPD, die in der Öffentlichkeit von Diätenverzicht redet, diese Kürzungen abgelehnt.

(A) (Hardt [CDU])

Nun will ich nicht verkennen, daß es ein SPD-Problem gibt, wenn Vorstand und Fraktion in der Frage der Diätenerhöhung für 1994 - die einen sagen ja, die anderen sagen nein - nicht übereinstimmen. Daß sich aber der Steuerzahler nach der Verabschiedung des Haushaltes 1994 in der Diätenfrage getäuscht fühlen kann, liegt für mich klar auf der Hand.

(Beifall bei der CDU)

Ohne gesetzliche Grundlage im Abgeordnetengesetz, meine Damen und Herren, hat es noch nie auf Verdacht eine Erhöhung bei den Diäten im Lande Nordrhein-Westfalen gegeben.

Die CDU-Landtagsfraktion hat schon sehr früh zu erkennen gegeben, daß sie einer Diätenerhöhung für das Jahr 1994 nicht zustimmen wird. Konsequenterweise stellen wir auch heute den Abänderungsantrag Drucksache 11/6445, dem sich ja die GRÜNEN-Fraktion angeschlossen hat. Herr Kollege Vesper, wir hätten uns zu Ihrem Antrag auch nur enthalten können, denn er umfaßte ja nicht all das, was in unserem Antrag steht.

Unser Änderungsantrag beinhaltet, die Erhöhung der Diäten um 565 000 DM und die Aufwandsentschädigung um 326 000 DM zu streichen.

(B)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das, was ich für die CDU-Landtagsfraktion am 11. November 1993 hier gesagt habe - keine Diätenerhöhung für das Jahr 1994 -, beantrage ich heute in Mark und Pfennig.

Meine Damen und Herren, hier müssen Reden und Handeln übereinstimmen.

(Beifall bei der CDU)

In der gleichen Plenarsitzung am 11. November 1993 hat Frau Fischer für die SPD-Fraktion hierzu erklärt:

Wir beabsichtigen keine Erhöhung der Abgeordnetenentschädigung.

So weit, so gut.

(Abgeordnete Hieronymi [CDU]: Hört, hört!)

Aber dann kommt der Nachsatz mit dem berühmten Hintertürchen, der lautet:

Wir werden über Änderungen aber erst dann zu entscheiden haben, wenn auch tatsächlich eine Gesetzesänderung beabsichtigt ist.

(Abgeordnete Hieronymi [CDU]: Hört, hört!)

Hier wird die Doppelstrategie deutlich, erst klammheimlich die Erhöhung im Haushalt '94 um insgesamt 2,5 % auszuweisen, um dann das Abgeordnetengesetz zu ändern. Hier wird für mich deutlich, was wir von der Ankündigung der SPD, keine Diätenerhöhung für 1994, letztlich zu halten haben.

(Beifall bei der CDU sowie bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, diese Doppelstrategie machen wir nicht mit. Die CDU-Landtagsfraktion bleibt bei ihrer Aussage, und da gibt es auch kein Wackeln.

Meine Damen und Herren von der SPD, draußen sagen Sie, Nullrunde bei den Diäten, und im Parlament billigen Sie sich die erhöhten Ansätze für den Haushalt zu. Entweder wird aufgrund der Stimmungslage in der SPD der für 1994 gefüllte Diätenfleischtopf zur Beruhigung der Fraktion nur gezeigt, oder Sie täuschen die Öffentlichkeit und erhöhen später in 1994 mit Mehrheit im Landtag die Diäten für das Jahr 1994. Einen anderen Schluß kann ich daraus nicht ziehen.

(Abgeordnete Hieronymi [CDU]: Wir auch nicht!)

Bei der F.D.P. klingt das ja so ähnlich. Da lautet das:

Zur Zeit nehmen wir keine Anpassung vor.

(C)

(D)

(A) (Hardt [CDU])

Das war die Einlassung am 11. November 1993, also etwa vor vier Wochen.

(Vorsitz: Präsidentin Friebe)

Damit aber keine unklaren Positionen in der Diätenfrage von 1994 zurückbleiben, legt die CDU-Fraktion heute diesen entsprechenden Änderungsantrag in Drucksache 11/6445 vor. Meine Damen und Herren, stimmen Sie unserer Drucksache zu, damit auch die verabredete Klarheit für das Jahr 1994 geschaffen wird, nämlich: Keine Diätenerhöhung für 1994.

(Beifall bei CDU und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir - alle Fraktionen - haben nach außen hin dieses Signal für 1994 gegeben; wir sollten uns daran halten, und wir werden Sie bei den Abstimmungen daran messen. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU sowie des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Hardt. Für die Fraktion der SPD erteile ich der Frau Abgeordneten Fischer das Wort.

(B)

Abgeordnete Fischer (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Hardt, mit einem ungewöhnlichen Vorgang ist das so eine Sache. Für ungewöhnlich halte ich den Vorgang, daß wir über den Einzelplan 01 hier debattieren und der CDU nichts anderes einfällt, als das Thema Diäten anzusprechen.

(Beifall bei der SPD)

Aber Ihre süffisanten Anmerkungen zu unserer Entscheidung hoffe ich gleich aufklären zu können, indem ich auch etwas zu diesem Thema sage.

Zunächst einmal möchte ich insgesamt zu dem Haushalt 01 sagen, daß dies der Haushalt ist, der maßgeblich die Rahmenbedingungen für die Arbeit und auch für die Funktionsfähigkeit des Parlamentes setzt. Im Gegensatz zur Entwicklung dieses Einzelhaushalts in vergangenen Jahren war bereits bei der Vorlage

(C)

des Haushaltsentwurfs deutlich zu erkennen, daß der Maßstab des Sparens und der Einschränkung zusätzlicher Ausgaben zugrunde gelegt und streng eingehalten wurde. Dieser Linie haben die Fraktionen in den Beratungen und Entscheidungen Rechnung getragen.

Kosten aufgrund zusätzlicher Ausgaben im Rahmen der europäischen Einigung wurden neu etatisiert, aber im bestehenden Kostenrahmen gedeckt. Der Hauptausschuß hat damit in Änderung des Regierungsentwurfs einen Beschluß gefaßt, der die Vertretung des Parlaments im Ausschuß der Regionen sicherstellt.

Einsparungen wurden auf Antrag der SPD-Fraktion im Vergleich zum vorgelegten Haushaltsentwurf bei den Zuweisungen für die Fraktionen vorgenommen. Der Entwurf enthält eine Erhöhung der Mittel von 1993 um die Steigerungsrate der Tarife im öffentlichen Dienst für das Jahr 1993.

Rechnerisch bezieht sich die Erhöhung auf eine Steigerung der Personalkosten. Faktisch erhalten die Fraktionen jedoch Gesamtzweisungen. Es gibt keine Zweckbindung bei den zugewiesenen Mitteln. Die Fraktionen stellen ihre eigenen Haushalte auf und entscheiden darüber, für was und in welchem Umfang die Mittel eingesetzt werden. Die Zuweisungen errechnen sich nach mehreren Kriterien - Anzahl der Abgeordneten, Geräteausstattung, Personalzuweisungen -, und die Oppositionsfraktionen erhalten einen 25%igen Zuschlag.

(D)

(Zurufe von der SPD: Aha! - Abgeordneter Bensmann [CDU]: Weil die Landesregierung nicht für uns arbeitet!)

Es kann von den Fraktionen erwartet werden, daß sie auch ihren Haushalt auf Wirtschaftlichkeit, Effizienz und Einsparmöglichkeiten überprüfen und umstrukturieren.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Wie ist das denn in Bonn? Dort erhält die SPD auch den Oppositionszuschlag!)

Die Behauptung der F.D.P. und der GRÜNEN in den bisherigen Beratungen, eine Deckelung der Fraktionsmittel bedeute, daß zu Lasten der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen gespart werde, ist bemerkenswert.

(A) (Fischer [SPD])

Es liegt doch an der Fraktion selbst, wie sie ihren Haushalt aufstellt, wie sie in dem vorgegebenen Rahmen die einzelnen Ausgaben gestaltet. Niemand zwingt die Fraktionen, ihre Mitarbeiter schlechter zu stellen. Für uns wäre dies überhaupt kein Gedanke.

Mittel der Fraktionen mit den Bezügen der Abgeordneten zu vergleichen, wie es in den Beratungen geschehen ist, ist unlauter. Das hieße, Äpfel mit Birnen zu vergleichen. Fraktionen haben die Möglichkeit der Umverteilung und Einsparung im Rahmen ihres eigenen Haushalts. Bei der Abgeordnetenentschädigung geht es ausschließlich um Personalkosten. Hier sieht der vorgelegte Haushalt eine Erhöhung des Ansatzes wie in allen anderen Einzelhaushalten auch vor. Ob diese Mittel in Anspruch genommen werden, ist von der Tarifentwicklung im Jahre 1994 abhängig.

Dies haben wir bereits erklärt, als wir uns in den letzten Monaten gegen eine Erhöhung der Abgeordnetenbezüge ausgesprochen haben, Herr Hardt. Wir haben auch deutlich gemacht, daß bei einer zukünftigen Entscheidung die Tarifentwicklung 1994 zu berücksichtigen ist, um die Schere zwischen der Entwicklung der Abgeordnetenentschädigung und anderer Tarifbereiche nicht weiter auseinanderklaffen zu lassen.

(B) Wie leichtfertig und unsachlich mit diesem Thema umgegangen wird, sieht man daran, daß z. B. Herr Vesper seine Rede zum Einzelplan 01 bereits heute mittag an die Presse hat verteilen lassen.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Ja und?)

Das zeigt, daß es ihm eigentlich gar nicht um die Sache geht, sondern um billige Stimmungsmache.

(Zustimmung des Abgeordneten Uhlenberg [CDU])

Das eigentliche Problem, welches sich mit den Diäten der Abgeordneten verbindet, ist doch im Grunde genommen, daß wir über unsere Einkünfte selbst bestimmen müssen. Das ist der Punkt. Ich verstehe nicht, daß Sie von den GRÜNEN, die Sie das doch sonst immer für sich in Anspruch nehmen, den eigentlichen Hintergrund nicht beim Namen nennen,

(C) sondern in diesem Fall mit billiger Polemik einen Nebenkriegsschauplatz aufmachen wollen.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Dr. Brunemeier [SPD]: So sind sie eben!)

Wir haben immer gesagt, daß Maßstab für die Diäten und die Parteienfinanzierung die Richtlinie sein muß, die auf Bundesebene beraten und verbindlich vorgegeben wird. Warum gehen Sie von den GRÜNEN und Sie von der CDU jetzt hier hin und verbauen uns die Chance, in diesem Sinne die Diskussion zu bereichern, indem wir die Frage der Diäten wirklich einmal grundsätzlich angehen? Warum tun Sie heute wieder einmal so, als habe es in der Vergangenheit nie Regelungen von allen hier im Hause gegeben?

Ein Kriterium war immer die Entwicklung der Tariflöhne. Wenn wir heute sagen, wir wollten zumindest eine Option offenhalten, ist das zunächst einmal nichts anderes als das Festhalten an diesem von uns allen geschaffenen Kriterium, nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall bei der SPD)

(D) Wir wissen doch, daß die Diskussion darüber, wie künftig Diäten zu gestalten sind und woran sich ihre Höhe zu orientieren hat, noch gar nicht abgeschlossen ist.

Was unsere eigenen Diäten betrifft, so gibt es ebenfalls von uns eine klare Aussage, nämlich daß es eine Nullrunde gibt. Glaubt denn hier jemand ernsthaft, wir könnten uns im nächsten Jahr von unserem Beschluß verabschieden, wenn sich die Voraussetzungen nicht entscheidend verändert hätten? Sollte plötzlich die Regel außer Kraft gesetzt werden, daß Politiker immer an ihren eigenen Worten gemessen werden? Für uns gilt dies nicht. Also, was soll denn das polemische Gerede, wir wollten uns hier eine Diätenerhöhung durch die Hintertür erschleichen.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Das ist es doch! -Abgeordnete Hieronymi [CDU]: Genau das wollen Sie! - Weitere Zurufe von der CDU)

(A) (Fischer [SPD])

Von Ihnen, Herr Vesper, war ich bisher eigentlich intelligenter Beiträge gewohnt. Lenken Sie hier nicht ab!

In keinem anderen Haushaltsbereich ist bei den Personalkosten so verfahren worden, wie Sie es für die Abgeordneten verlangen. Wir bleiben bei unserer Einschätzung über die momentane Entwicklung der Diäten, und wir bleiben dabei, daß dieses Problem im Grundsatz gelöst werden muß, nicht durch kurzfristige Effekthascherei, die sich einige in diesem Haus heute so erhofft haben.

Wir bleiben, was den gesamten Einzelplan 01 betrifft, auch dabei, ihn zukünftig daraufhin zu überprüfen, wo und wie weitere Einsparungen möglich sind und Mittel effizient eingesetzt werden können. Wir haben daher gemeinsam mit allen Fraktionen in diesem Haushalt auch Mittel eingesetzt, um eine Organisationsuntersuchung der Landtagsverwaltung durchzuführen.

(Abgeordnete Hieronymi [CDU]: Endlich! - Abgeordneter Bensmann [CDU]: Das hat aber auch lange gedauert!)

(B) Das zwingt uns selbst, unsere Aufgabenstellung an die Verwaltung zu prüfen und eine effiziente Organisation der Zuarbeit für das Parlament mitzugestalten. Die SPD wünscht sich, dies mit Unterstützung durch eine Kommission zu tun, die nicht nur bürokratisch an die Frage einer effizienten Verwaltung herangeht, sondern auch Fragestellungen behandelt, wie und mit welchen Anforderungen ein Parlament in der heutigen Zeit arbeitet. Wir dürfen nicht in Verwaltungsfragen und Organisationsfragen steckenbleiben, sondern müssen Fragen des Parlamentarismus in der heutigen Zeit im Blick haben.

(Beifall bei der SPD)

Aber diese Diskussion und eine Verständigung zwischen den Fraktionen, ob so verfahren werden soll, bleiben noch abzuwarten. Ich hoffe, es gibt ein gemeinsames Konzept, das bis zur dritten Lesung abgestimmt ist. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

(C)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Frau Kollegin Fischer. - Für die Fraktion der F.D.P. erteile ich Herrn Abgeordneten Wickel das Wort.

Abgeordneter Wickel (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit dem Einzelplan 01 beraten wir die Haushaltsmittel für unser eigenes Haus und das Parlament. Es wird höchste Zeit, daß bei derartigen Anlässen auch die Abgeordneten einmal ihren eigenen Status diskutieren.

(Abgeordneter Hardt [CDU]: Das ist richtig!)

Festzustellen ist, daß vor gut einem Jahrzehnt die Abgeordnetendiäten an den Besoldungsgruppen der Beamten A 15/A 16 orientiert waren. Festzustellen ist heute, daß sich diese Orientierung an den Besoldungsgruppen der Beamten A 13/A 14 festmacht. Beides immer unter der Berücksichtigung, daß es kein 13. Gehalt und kein Urlaubsgeld gibt.

In diesem Zusammenhang verweise ich noch einmal auf die Berechnung der F.D.P.-Fraktion, daß allein 26 000 und mehr Beamte der Landesregierung höher besoldet werden als die Abgeordneten und es allein in der Landtagsverwaltung 36 Beamte gibt, die höher eingestuft sind als Abgeordnete. Haben wir denn eigentlichen Grund und Anlaß, uns unserer Leistungen in Permanenz zu schämen? Ich sage: nein!

(D)

(Beifall bei der F.D.P.)

Es ist interessant zu erleben, daß dasselbe, was wir beklagen, jetzt auch in der Industrie losgeht. Sie brauchen nur in die "Frankfurter Allgemeine" von heute zu schauen, wo es heißt: "Viele Manager fühlen sich überfordert". Dann geht's los: "Wir stehen mit dem Rücken zur Wand, sollen innerbetriebliche Anordnungen umsetzen, Kosten sparen, Mitarbeiter motivieren, Umweltbelastungen vermeiden, höchste Qualität produzieren und dies alles nach außen glaubwürdig vermitteln."

Meine Damen und Herren, die Herrschaften kommen reichlich spät darauf. Wir erleben das seit Jahren. Ich hätte mir gewünscht, sie wären auch früher darauf gekommen, den Stellenwert der Politik einmal anders

(A) (Wickel [F.D.P.])

zu sehen, wie wichtig er ist, damit es in diesen Bereichen klappt.

Ich persönlich finde die Diskussion "mit dem Haupt in Asche gehen" langsam unerträglich.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Wer seine Aufgabe ernst nimmt, hat mindestens die 6-Tage-Woche, ist mindestens 80 Stunden in der Woche unterwegs, muß um die freien Sonntage kämpfen, vernachlässigt den privaten Bereich, verliert seine Freunde, weil er keine Zeit mehr hat, und zahlt Sonderbeiträge an seine Partei im Kreisverband, im Bezirksverband, im Landesverband, Sonderspenden und zusätzlich für Mitgliedschaften in Vereinen und Organisationen. Ich mache diese scheinheilige Diskussion hier nicht mit, Herr Hardt.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Dazu kommt, daß er am öffentlichen Pranger steht. Jeder von denen, die nicht bereit sind, sich für diesen Staat einzubringen, sondern nur von außen betrachten, meckern und polemisieren, glaubt, er kann ihn hier an den Pranger stellen und mit ihm machen, was er will.

(B) (Beifall bei F.D.P. und SPD)

Meine Damen und Herren, so einfach geht das nicht, daß die Politik an allem schuld ist. Ich habe Ihnen eben die Manager genannt. Langsam merken sie es. Sie werden genauso reagieren wie ich.

Es kann doch wohl nicht wahr sein, daß wir für den Stuhlgang der Nation - und zwar von den Außenbetrachtern - zuständig sind und sonst kein anderer. Deshalb ist es skandalös, daß Parlamentarier ein solches Verhalten hinnehmen und dreimal am Tag stammeln: "Mea culpa, mea maxima culpa". Ich bitte Sie, das kann doch wohl nicht wahr sein!

Es kommt weiter hinzu, daß sich dieser Berufsstand, dem wir uns zugehörig fühlen, gleichzeitig alle fünf Jahre den Hürdenläufen unterzieht, und zwar zweimal, einmal in der Partei und einmal beim Bürger. Dann wundert man sich, daß die von uns nichts halten, wenn wir uns selber so darstellen. Es ist doch in unserem Staate inzwischen so, daß sich für der-

(C)

artige Ämter niemand mehr zur Verfügung stellt, weil die unsichere Perspektive und die persönliche Verunglimpfung weitere und notwendige Bevölkerungskreise vom Weg in die Politik abschneiden.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Seit Jahren ist zu beobachten, daß es aus diesen Gründen in der Politik zu einer Negativauslese kommt, weil die Mehrheit unserer Bürger nicht mehr zur Verfügung steht. Niemand wird zu diesem Amt gezwungen. Aber wer sich für unseren Staat engagiert, sollte auch über das notwendige Selbstbewußtsein verfügen.

(Beifall bei F.D.P., SPD und Abgeordneten der CDU)

Wir haben, meine Damen und Herren, das gesellschaftliche Problem, daß es nicht nur die sogenannte Politikverdrossenheit, sondern eine allgemeine Gesellschaftsverdrossenheit gibt. Die Erosionserscheinungen sind nicht nur in der Politik, nicht nur bei den politischen Parteien, sondern bei den Kirchen, Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Gruppierungen genauso zu beobachten. Das tägliche Leben zeigt aber auch, daß derjenige, der von sich selber nichts hält, nicht erwarten kann, daß der Bürger in diesem Staat ihn ernst nimmt.

(D)

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Der Hund, der den Schwanz einzieht, wird von allen anderen gebissen und geschlagen, weil man ihn einfach nicht respektieren kann. Was ist es für ein Selbstverständnis dieses Parlaments, wenn es zu feige ist, notwendige Reisen zu veranstalten? Hier erkläre ich ganz persönlich für mich: Ich habe bei jeder Reise Erhebliches dazugelernt.

(Zustimmung bei der SPD - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Das glaube ich!)

Wie wollen wir in die Staaten des östlichen Europa unsere Demokratie exportieren, wenn sie so ein jämmerliches Bild bietet und die dortigen Probleme noch

(A) (Wickel [F.D.P.]

nicht einmal selbst erfassen kann? Wenn der gute Herr Vesper etwas gegen Reisen hat -

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Nein! Habe ich gar nicht!)

ich weiß von den GRÜNEN, daß sie, solange sie Bundestagsfraktion waren, alle schon mehr Reisen gemacht haben, als wir jemals in diesem Parlament machen können. Daher haben sie keinen Bedarf mehr.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Es geht aber noch weiter, meine Damen und Herren. Wir wollen etwas für den Export unserer Industrie und unseres Handels nach Asien und etwas für unser eigenes Land tun. Aber wir kennen noch nicht einmal die dortigen Verhältnisse, lassen uns von den Beamten und Staatssekretären, die reisen, erzählen, was dort los ist. Politisch heißt das, wir sind immer zweiter Sieger.

Wieso, Frau Fischer, beschließen wir Kürzungen der Fraktionszuschüsse, die die absolut notwendige Zusammenarbeit zu den Fachbereichen möglich machen? Da müssen wir an die Verantwortung für unsere Mitarbeiter denken. In der F.D.P.-Fraktion werden mehr als 85 % des ganzen Haushalts für Personal ausgegeben. Unsere Referenten müssen zum Teil vier und fünf Fachbereiche bearbeiten. Ich bitte Sie, das mag in einer großen Fraktion anders aussehen als in einer kleinen. Für uns ist es wirklich eine Notwendigkeit, und wir nehmen unsere Fürsorgepflicht für unsere Mitarbeiter ernst.

(Beifall bei der F.D.P.)

Deshalb ist es für mich in Schilderung dieser Tatbestände nicht nachvollziehbar, daß einige Kollegen und Kolleginnen in den Mittelpunkt der heutigen Beratung zum Einzelplan 01 die Diätenerhöhung stellen. Wenn da so Schlagworte durch die Welt geistern "SPD und F.D.P. setzen die Glaubwürdigkeit des Parlaments aufs Spiel" - meine Damen und Herren, solche Äußerungen sind skandalös. Sie sind skandalös, weil sie an den Dingen vorbeirutschen, um die es tatsächlich geht.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

(C)

Sie sind genauso skandalös wie das Wahlverhalten der Bürger am vergangenen Wochenende in Brandenburg, als man die PDS gewählt hat.

(Beifall bei der F.D.P. - Abgeordneter Hardt [CDU]: Und jetzt den Wähler beschimpfen!)

Wer sind denn eigentlich die Abgeordneten dieses Parlaments?

(Zuruf der Abgeordneten Speth [SPD])

Wenn man genauer hinschaut, stellt man fest, daß es in Wirklichkeit den Abgeordneten überhaupt nicht gibt, Herr Hardt. Es gibt fünf Gruppen von Abgeordneten in diesem Hause: den sogenannten einfachen Abgeordneten, den Abgeordneten mit Kommunalmandat, den Abgeordneten mit Fraktions- oder Landtagsfunktionen, den Abgeordneten mit einem vollen Beschäftigungsverhältnis bei einem Arbeitgeber oder mit freiberuflicher Tätigkeit und den Abgeordneten, der die Funktionen zwei bis fünf in seiner Person vereinigt.

(Heiterkeit und Beifall bei F.D.P. und SPD)

Jeder muß die Dinge anders sehen, muß sie aus seiner persönlichen Betroffenheit sehen.

(D)

Wir haben in der F.D.P.-Fraktion dieses Thema diskutiert und der Scheinheiligkeit keinen Vorschub geleistet. Es geht doch nicht darum, daß wir uns hier selbst bedienen. Welch ein Unsinn, so etwas zu sagen! Sondern: Wir müßten einmal stolz sein auf unser Land, das vor über 15 Jahren, als die Welt noch ganz anders aussah, diese unabhängige Kommission eingerichtet hat,

(Abgeordneter Schultz [SPD]: Sehr richtig!)

die der Präsidentin Vorlagen macht, die sie dann hier zur Abstimmung vorlegt.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Wenn es nach mir ginge, sollte das auch so bleiben. Oder haben Sie schon einmal erlebt, daß sich die Pastöre in dieser Republik für eine Nullrunde ausgesprochen hätten? Die nehmen nämlich an jeder Ge-

(A) (Wickel [F.D.P.]

haltserhöhung teil und werden überwiegend nach A 15 besoldet.

(Heiterkeit)

Nicht die Glaubwürdigkeit des Parlaments steht hier auf dem Spiel, sondern es gibt einen unerträglichen Opportunismus von handelnden Personen.

(Beifall bei der F.D.P. und lebhafter Beifall bei der SPD)

Für meine Person erkläre ich klipp und klar: Wenn es im öffentlichen Dienst keine Nullrunde gibt, dann soll es auch in diesem Parlament eine Anpassung geben.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich erkläre jeder Besuchergruppe mein Gehalt und stelle regelmäßig fest, welche falschen Vorstellungen draußen umhergeistern und daß die Bürger es sich gar nicht so vorgestellt haben. Sie sagen es einem auch.

Das politische Bonn verdirbt hier die Preise. Es ist höchste Zeit, daß die Diskussion über diese Thematik hier offen geführt wird. Ich will auch nicht, daß dieser Landtag zur politischen Hofhaltung à la Bonn verkommt, wo nur noch Regierung und Fraktionsvorstände das politische Geschehen bestimmen,

(B)

(Widerspruch bei der CDU)

wo der einzelne Abgeordnete untergeht und für die Verhältnisse dann in Haftung genommen wird.

(Zustimmung bei der SPD)

Im Haushalts- und Finanzausschuß habe ich mich beim Einzelplan 01 der Stimme enthalten. Aber wegen der geschilderten Umstände und weil es darum geht, die Solidarität der Abgeordneten und des Parlamentes hier einmal einzubringen, hat meine Fraktion beschlossen: Wir stimmen dem Einzelplan 01 zu. - Ich danke Ihnen.

(Lebhafter Beifall bei F.D.P. und SPD)

(C)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Kollege Wickel. - Für die GRÜNEN-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Vesper das Wort.

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich weiß ja, daß es zu den ungeschriebenen Gesetzen dieses Hauses gehört, den eigenen Etat nicht öffentlich im Plenum zu debattieren.

(Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.]: Das ist doch nicht wahr, das ist doch heute in aller Deutlichkeit geschehen! Was soll denn diese dumme Heuchelei?)

- Was heißt hier Heuchelei, Herr Kollege Schultz-Tornau? Hier ist das eingeführt worden von Frau - -

(Lebhafte Zurufe)

- Ich dachte, daß ich wenigstens meinen ersten Satz zu Ende reden könnte, Herr Kollege Schultz-Tornau.

(Zurufe - Glocke der Präsidentin)

Frau Fischer hat zu Beginn ihrer Rede eben auf die Tränendrüsen gedrückt und gesagt, es sei so schrecklich, daß wir das hier öffentlich diskutieren. Ich halte es gerade für richtig, daß wir über unseren eigenen Etat öffentlich diskutieren. Liebe Kollegin Fischer, wenn Sie dafür sorgen, daß diese Debatte erst am späten Nachmittag stattfindet, dann dürfen Sie sich nicht wundern, wenn wir für öffentliches Interesse sorgen, dafür sorgen, daß diese Debatte trotz der späten Stunde beachtet wird.

(D)

(Abgeordneter Schultz [SPD]: Das machen Sie doch immer!)

Denn gerade bei dem Etat des Landtags sind Transparenz und Offenheit angesagt.

Der Landtagsetat betrifft zu einem großen Teil die Landtagsverwaltung - das ist schon gesagt worden -, die uns gute Dienste leistet. Dafür möchte ich der

(A) (Dr. Vesper [GRÜNE])

Landtagsverwaltung an dieser Stelle ausdrücklich danken.

(Oh! bei der SPD)

Ginge es nur darum, daß wir die Mittel dieser Landtagsverwaltung zu beschließen hätten, dann könnten wir den Einzelplan 01 hier ohne viel Worte zustimmend passieren lassen.

Daß wir überhaupt bei diesen Haushaltsberatungen darüber sprechen müssen, liegt ja an der seltsamen Inkonsequenz, die SPD und F.D.P. hier zeigen. Herr Wickel, als ich Ihre Rede hörte, habe ich mich ernstlich gefragt: Warum haben Sie am 11. November dem Beschluß über die Nullrunde überhaupt zugestimmt?

(Zustimmung bei der CDU)

Warum haben Sie am 11. November nicht eine Erhöhung um 5 % oder 10 % oder auch um noch mehr beschlossen? Denn Ihre Begründung und die Begründung von Herrn Rohde letztes Mal läßt sich eigentlich nur so verstehen, daß Sie mit unseren Diäten nicht zufrieden sind, nicht damit auskommen und meinen, daß sie erhöht werden müßten. Deshalb meine Frage, und die richte ich auch an die SPD: Warum erhöhen Sie die Diäten nicht offen? Dann bräuchten Sie hier nicht auf so hohem Niveau zu jammern - Sie ärgern sich ja sonst immer darüber, wenn auf hohem Niveau gejammert wird -, sondern dann bräuchten Sie die Diätenerhöhung hier nur zu beschließen.

(B)

Was zu dieser öffentlichen Debatte geführt hat, ist doch dieser seltsame Widerspruch, einerseits politisch eine Nullrunde zu beschließen, andererseits aber die Mittel im Etat zu erhöhen. Das ist doch der Punkt, der zu mehr Politikverdrossenheit führt.

(Zustimmung der Abgeordneten Höhn [GRÜNE])

Seien Sie doch ehrlich, trauen Sie sich doch, hier offen zu sagen, was Sie wirklich wollen!

Denn, meine Damen und Herren, unser Beschluß vom 11. November, in dem wir gemeinsam eine Nullrunde beschlossen haben, hat uns in der Öffentlichkeit viel

(C)

Sympathie eingebracht. Er hat uns mehr Glaubwürdigkeit gebracht.

(Widerspruch bei der SPD)

Man traute uns plötzlich zu, daß uns der Zustand der Gesellschaft eben nicht gleichgültig läßt, wenn es um unsere eigenen Interessen geht. Ich glaube auch, daß wir auf diese Weise viel mehr Selbstbewußtsein gezeigt haben, als wenn wir bedenken- und gedankenlos unsere Diäten erhöht hätten. Herr Wickel hat hier wieder unter großem Beifall eine Hymne auf das Selbstbewußtsein von uns Abgeordneten gesungen und dieses Selbstbewußtsein ausschließlich an die Höhe unseres Einkommens gekoppelt.

(Lebhafter Widerspruch bei SPD und F.D.P. - Abgeordneter Dorn [F.D.P.]: Zuhören!)

Aber wie wenig Selbstbewußtsein muß doch derjenige haben, der es nur aus A 14, A 15, B 2, B 3 oder B 4 herleiten kann! Nein, selbstbewußt können wir dann sein, meine Damen und Herren, wenn wir Leistungen für die Menschen in diesem Land erbringen - nicht dadurch, daß wir die Faust auf den Tisch schlagen und große Sprüche machen, sondern dadurch, daß wir Leistung bringen und mehr Gedanken auf die anstehenden Probleme verwenden als auf unser persönliches Einkommen.

(D)

Wie dem auch sein, der Landtag hat eine Nullrunde beschlossen. Nun muß hier öffentlich erklärt werden, warum der Ansatz trotzdem um 900 000 DM erhöht werden soll.

Das kann niemand erklären. Weder Frau Fischer noch Herr Wickel haben es hier plausibel machen können. Man muß vermuten, daß es darum geht, die Diäten im Laufe des kommenden Jahres doch zu erhöhen. Wer es aber ernst meint mit der Nullrunde, für den gibt es weder Grund noch Anlaß, den Ansatz in dieser Weise zu erhöhen.

Meine Damen und Herren! Genau das ist ein Nebenschauplatz, ein völlig unnötiger dazu, der uns wieder ins öffentliche Gerede bringt, und zwar uns alle. Das

(A) (Dr. Vesper [GRÜNE])

hätten Sie sich sparen können. Das hätten Sie sich im November besser überlegen sollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es sind doch diese taktischen Spielereien, die die Politikverdrossenheit der Bürgerinnen und Bürger verstärken. Wir sollten es selbstbewußt sagen und keine Tricks anwenden, wenn wir die Diäten erhöhen wollen.

Interessanterweise geht auch der Bericht über die Beratung des Hauptausschusses, der ansonsten sehr detailliert Argument und Gegenargument darlegt, über diesen Punkt wortlos hinweg: kein Wort über die Diskrepanz zwischen dem inhaltlichen Willen des Landtags und harter haushaltspolitischer Realität.

Wir bitten Sie ganz herzlich darum, das öffentliche Ansehen der Politik nicht weiter in Gefahr zu bringen. Wer A sagt, muß auch B sagen. Wer eine Nullrunde für geboten hält, braucht keine Erhöhung der Mittel für die Abgeordnetendiäten. Darum bitte ich Sie, dem gemeinsamen Antrag von CDU und GRÜNEN zuzustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(B)

Lassen Sie mich noch einen zweiten Punkt kurz ansprechen. Der Titel 684 20, der die öffentlichen Zuschüsse an die Parteien im Land Nordrhein-Westfalen enthält, soll von immerhin knapp 10 Millionen DM um über 13 Millionen DM auf 23 Millionen DM aufgestockt werden. Dies ist eine unmittelbare Folge des vom Bundestag am 12. November beschlossenen Gesetzes zur Änderung des Parteiengesetzes, das meine Partei wegen einiger zu weit gehender Regelungen abgelehnt hat. Dieses Gesetz ist noch nicht in Kraft. Erst muß es der Bundespräsident unterschreiben, der, wie man hört, einige unserer Bedenken teilt und deswegen mit seiner Unterschrift noch zögert.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Auch die erhöhten Zuweisungen für die GRÜNEN?)

(C)

- Herr Trinius, ja, die Debatte bietet leider keinen Raum, ins Detail zu gehen. Ich bin gerne bereit, Ihnen das im einzelnen zu erläutern.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Ein Drittel mehr als die anderen!)

Unabhängig von dieser Frage zeigt aber der Umstand, daß der eigentlich vorgesehene Betrag hier im Landeshaushalt mehr als verdoppelt wird, daß die neue Parteienfinanzierung die Parteien keineswegs darben läßt - im Gegenteil. Im nächsten Jahr prasselt ein regelrechter Geldregen auf die Parteien nieder.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Besonders auf die GRÜNEN, 30 % mehr!)

- Nein, Herr Trinius. Machen Sie sich bitte einmal sachkundig. Von der neuen Regelung der Parteienfinanzierung profitiert in allererster Linie die SPD. Das ist gut so, weil es im Prinzip ein gutes Gesetz ist.

(Zurufe von der SPD)

- Mein Gott, nun brüllen Sie nicht in dieser Weise dazwischen.

(Lachen bei der SPD)

(D)

- Übrigens, ich gebe zu, daß ich das auch gelegentlich selber tue, wenn ich da unten sitze.

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Dann ist das sicher was anderes!)

- Nein, dann ist das nichts anderes, das ist manchmal auch störend für den Redner.

Übrigens muß der Titel unseres Erachtens umbenannt werden. Es handelt sich im nächsten Jahr eben nicht mehr um "Abschlagszahlungen und Erstattungsbeträge nach dem Wahlkampfkostengesetz", sondern um "Staatliche Zuschüsse an die Parteien gemäß Parteiengesetz des Bundes". Das Wahlkampfkostengesetz, das ohnehin vom nordrhein-westfälischen Verfassungsgerichtshof für verfassungswidrig erklärt worden ist, wird in drei Wochen seine Gültigkeit verlieren. Auch

(A) (Dr. Vesper [GRÜNE])

hier sollte sich der Landtag selbst auf den aktuellen Stand bringen und diese Titelbezeichnung noch verändern.

Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie: Stimmen Sie dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der GRÜNEN zu. Dann werden wir auch dem Landtagsetat zustimmen. Sollten Sie unserem Änderungsantrag nicht zustimmen, werden wir uns bei diesem Etat enthalten. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Dr. Vesper. - Für die Fraktion der CDU erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Dr. Linssen.

Abgeordneter Dr. Linssen (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach dem sehr emotional aufgeladenen Beitrag des Kollegen Wickel möchte ich für die CDU-Fraktion noch ein paar Worte sagen.

Herr Wickel, Sie haben sicherlich vielen Abgeordneten aus der Seele gesprochen.

(B) (Abgeordneter Wickel [F.D.P.]: Deshalb habe ich Sie nicht gefragt!)

Ich hatte das Gefühl, daß Sie sich sehr viel auch an persönlichem Frust von der Seele geredet haben.

Nur, meine Damen und Herren, ich bitte Sie sehr darum, zu dem zu stehen, was im November beschlossen wurde und was auch als Nachricht zum Beispiel über den Beschluß der SPD-Fraktion nach draußen gegangen ist. Dort wird davon gesprochen, daß die SPD-Fraktion für eine Nullrunde im Jahre 1994 eintritt.

Es ist einfach konsequent, wenn wir heute sagen: Wenn wir gemeinsam dieser Meinung sind, wollen wir uns auch keine Hintertürchen offenlassen. Dann bedingt das, daß wir uns im Etat 01 auch keinen Spielraum offenlassen. Nur darum geht es.

(Beifall bei CDU und GRÜNEN)

(C)

Wir haben sicherlich in der Vergangenheit, Herr Vesper - da möchte ich Ihnen widersprechen - nicht gedankenlos die Diäten erhöht, wir haben uns jedesmal sehr viel dabei gedacht. Es war sicherlich gut, daß wir auch den Bericht der Präsidentin hatten.

Ich sage Ihnen ganz offen hier für die CDU: Wir werden dieses Verfahren von Diätenerhöhungen mit zwei Jahre zurückliegenden Daten so nicht weiter durchhalten können. Denn es wird jedesmal der Zustand eintreten, daß entweder die Konjunktur hochgeht und die Daten zwei Jahre zurück zu niedrig sind, also die Diätenerhöhung nicht angemessen ist, oder aber die Konjunktur geht den Bach herunter, dann sind die Daten, die zwei Jahre zurückliegen, zu gut, dann können wir es uns aus politischen Gründen nicht leisten. Dieses Verfahren wird nicht mehr möglich sein.

(Beifall bei der CDU)

Aber die CDU-Fraktion ist konsequent: Meine Damen und Herren, wir verlangen eine differenzierte Nullrunde im öffentlichen Dienst. Wir legen Wert darauf, daß dann Abgeordnete mit gutem Beispiel vorangehen und nicht so wie Frau Fischer argumentieren und sagen: Wenn jetzt im öffentlichen Dienst doch etwas anderes zustande kommen sollte - in Klammern: hoffentlich kommt nichts mit Null heraus, weil wir ja auch noch etwas im Etat haben -, genehmigen wir uns das.

(D)

Meine Damen und Herren, das ist nicht konsequent. Wir Politiker müssen jetzt sagen: Ich bin aus haushaltspolitischen Gründen, aus Gründen der Sparsamkeit, aus Gründen des Konsumverzichts dieser Generation zugunsten der nächsten Generation - so sehen nämlich Ihre Sonntagsreden aus - für eine Nullrunde und gegen eine weitere Verschuldung.

Dann ist es konsequent - und ich bitte Sie sehr herzlich darum -, dies auch zu befolgen.

Ein Wort noch zu den GRÜNEN! DIE GRÜNEN treten wie wir für die Nullrunde ein. Ich meine aber, Sie sollten sich überlegen, ob Sie hinsichtlich des öffentlichen Dienstes etwas anderes verlangen können als hinsichtlich der Abgeordneten. Wenn Sie der Meinung sind, im öffentlichen Dienst sollte mehr

(A) (Dr. Linssen [CDU])

herauskommen, aber Abgeordnete seien weniger wert, dann teilen wir von der CDU-Fraktion das nicht. Das sage ich Ihnen ganz klar.

(Beifall bei der CDU)

Ich meine, wenn Sie vor Arbeitnehmer hintreten - das sage ich gerade zu den Sozialdemokraten, die ja immer nach draußen Wert darauf legen, daß sie sich so sehr mit den Arbeitnehmern fühlen - und da über Nullrunden oder noch viel mehr geredet wird, dann steht es uns gerade in diesen Zeiten verdammt gut an, mit gutem Beispiel voranzugehen!

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Friebe: Meine Damen und Herren, gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/6445, Stichwort: Abgeordnetendiäten, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - GRÜNE und Fraktion der CDU. Wer ist dagegen? - Die Fraktion der SPD und die Fraktion der F.D.P. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(B)

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Enthaltungen!?)

Ich lasse jetzt über den Einzelplan 01 entsprechend der Beschlußempfehlung Drucksache 11/6401 abstimmen. Wer der Beschlußempfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Bei Enthaltung der Fraktion der CDU und der Fraktion DIE GRÜNEN ist damit der Einzelplan 01 in zweiter Lesung verabschiedet.

Ich rufe Nummer 6 auf:

(C) Einzelplan 15: Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr

Auch hier weise ich auf die Beschlußempfehlung Drucksache 11/6415 und den vorliegenden Änderungsantrag Drucksache 11/6447 hin.

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Abgeordneten Langen für die Fraktion der CDU das Wort.

Abgeordneter Langen (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Zuge der europäischen Integration verschärft sich der Wettbewerb zwischen den Wirtschaftsregionen. Dies gilt sowohl im Binnenmarkt der Europäischen Gemeinschaft als auch in den übrigen europäischen Ländern.

In dieser Situation sind Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur Vorsorgemaßnahmen ersten Ranges. Die Zugänglichkeit im internationalen Verkehr auf möglichst allen Verkehrsträgern ist bei großräumigen Standortentscheidungen ein bestimmender Vorteil.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Es ist für mich daher äußerst unbefriedigend, daß der erste gemeinsame Bundesverkehrsstraßenbauplan für Nordrhein-Westfalen unzureichende Investitionsmittel bis zum Jahre 2000 vorsieht. Auch das Schienenwegeausbauprogramm hätte ich mir in einigen Fällen umfangreicher gewünscht. Aber, meine Damen und Herren: Wäre es nach der SPD gegangen, wären wichtige Verkehrswege erst gar nicht im Bundesverkehrswegeplan enthalten.

(D)

Dennoch: Beim Nachlesen der Haushaltsrede des Kollegen Dreyer vom letzten Jahr, dem wir von dieser Stelle sicherlich alle gute Besserung wünschen,

(Allgemeiner Beifall)

fiel mir auf, daß nach der Beschlußlage des Bundes die Finanzierung der Untertunnelung der ehemaligen B 1 bei Dortmund nicht gesichert war. Heute ist die A 40 als Tunnel dank der intensiven Bemühungen der CDU-Landtagsfraktion Bestandteil des Bundesverkehrswegeplanes.